

Auch AWO-Pflegeheime in Not

„Uns steht das Wasser bis zum Hals“ / Appell an die Landesregierung

VON VERONIKA THOMAS

Nach dem Verkauf der fünf defizitären Caritas-Pflegeheime an das evangelische Johannesstift in Berlin schlägt nun auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Alarm. „Auch uns steht das Wasser bis zum Hals“, sagt Axel Plau, Vorsitzender des AWO-Bezirksverbands Hannover. Die Pflegesätze in Niedersachsen seien eindeutig zu niedrig. Für einen Arbeitgeber, der wie die AWO Wohnen & Pflegen GmbH Tariflöhne zahle, sei ein kostendeckendes Arbeiten so nicht möglich. Plau forderte Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann und die niedersächsische Landesregierung jetzt auf, die Pflegesätze in Niedersachsen deutlich zu erhöhen und zwischen tarifgebundenen und tariflich ungebundenen Anbietern zu differenzieren. Unterdessen sammeln die AWO-Seniorenzentren Stimmen für einen Mindestlohn.

Niedersachsen zahle die niedrigsten

Pflegesätze in Westdeutschland, die seit zwölf Jahren nicht mehr erhöht worden seien, kritisiert Plau. Die niedersächsischen Pflegekassen orientierten sich bei der Festlegung der Pflegesätze an den Durchschnittskosten aller Heime. Allerdings habe Niedersachsen mit 59 Prozent einen sehr hohen Anteil an gewerblichen, weitgehend nichttarifgebundenen Pflegeanbietern, die ihre Beschäftigten durchweg geringer entlohnten als Wohlfahrtsverbände.

„Sozialministerin Ross-Luttmann zieht sich immer wieder aus der Affäre. Was aber, wenn nach der Caritas bald auch andere Wohlfahrtsverbände ihre Seniorenzentren nicht mehr halten können?“, fragt Plau plakativ. Altenpflege sei aufgrund der demografischen Entwicklung ein Tätigkeitsfeld der Zukunft. „Aus diesem Grund macht sich die AWO stark für den Mindestlohn in der Altenpflege.“ So lange dieser nicht greife und sich die Situati-

on für die Anbieter qualifizierter und sozialer Altenpflege nicht verbessere, sei es ungewiss, wie viele gemeinnützigen Träger bis dahin durchhielten. Der AWO-Bezirksverband Hannover unterhält in Niedersachsen zehn Seniorenzentren und zwei Wohnanlagen für Senioren mit mehr als 500 Mitarbeitern.

● Seit gestern sammelt die „Initiative Mindestlohn“ in allen Senioreneinrichtungen der AWO, darunter im Seniorenzentrum Ihme-Ufer in Linden und im Gloria Park in Lehrte, Stimmen für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die „Initiative Bündnis soziales Deutschland“ fordert einen generellen Mindestlohn von 7,50 Euro in der Altenpflege; die AWO fordert mindestens zehn Euro für die Stunde. Beteiligen an der Abstimmung dürfen sich Bewohner, Mitarbeiter, Angehörige und Gäste der Häuser. Die Wahlurnen der AWO sollen vier Wochen stehen bleiben.